



BUND Marburg-Biedenkopf
info@bund-marburg.net
Am Plan 3
35037 Marburg

NABU-Marburg
info@nabu-marburg.de
Ockershäuser Schulgasse 24
35037 Marburg

An das
Regierungspräsidium Gießen

An die
Regionalversammlung Mittelhessen

Förmliche Beteiligung zum Regionalplan Mittelhessen

Als mit dem Träger öffentlicher Belange gleichgestellte und nach § 63 Bundesnaturschutzgesetz anerkannte Naturschutzverbände setzen wir uns für die Belange des Klima- und Umweltschutzes und für den Erhalt und die Verbesserung der Biodiversität ein.

Wir übermitteln Ihnen gemeinsame Fragestellungen von Naturschutzbund, NABU-Marburg e.V. und Bund für Umwelt und Naturschutz, BUND-Marburg e.V. zu der Nachmeldung einer Industriefläche in der Gemarkung Marburg-Ortsteil Dagobertshausen durch die Stadt Marburg zur Offenlage des neuen Regionalplans Mittelhessen

Sehr geehrte Damen und Herren,

nicht nur wir als Naturschutzverbände sind von der Presseveröffentlichung des Magistrats der Stadt Marburg in der Oberhessischen Presse vom 5. März 2024 überrascht worden, in der eine Nachmeldung einer Industriefläche im Marburger Ortsteil Dagobertshausen für einen neuen künftigen Pharmastandort veröffentlicht wurde.

Vorsorglich erheben wir gegen diese Planungsabsichten Einspruch bis folgende Fragestellungen für uns plausibel beantwortet worden sind:

Aus Anlass einer geplanten Nachmeldung der Marburger Stadtplanung von einer Fläche zwischen Görzhäuser-Hof und Dagobertshausen für den neuen Regionalplan Mittelhessen haben sich die Natur- und Umweltschutzverbände BUND und NABU darauf verständigt, die Nachmeldung für den Entwurf des Regionalplans Mittelhessen an das zuständige Regierungspräsidium in Gießen kritisch zu hinterfragen.

Das Gewerbesteuersystem in Deutschland motiviert jede Kommune, möglichst viele Flächen für Gewerbe- und Industriegebiete auszuweisen, um damit für die eigene Stadtgesellschaft möglichst hohe Steuereinnahmen zu generieren.

Bundesweit müssten industrielle Brachflächen, die bereits versiegelt sind, in einem Kataster erfasst und bundesweit für industrielle Neuansiedlungen vermarktet werden.

Es ist nicht hinzunehmen, dass Städte und Gemeinden in diesem Zusammenhang als Konkurrenten auftreten und wertvolle Flächen und Böden für neue Industrieansiedlungen hergeben, ohne die Optionen der Bebauung von industriellen Brachflächen geprüft zu haben.

Das Ausspielen von Gemeinden und Ortsbeiräten gegeneinander ist abzulehnen.

Beide Verbände beziehen sich auf grundlegende Aussagen, die sie schon zum „Masterplan-Behring-Standort“ und zu den neu ausgewiesenen Bebauungsplänen öffentlich dargelegt hatten und erinnern an den Beschluss des Stadtparlaments zum Klimanotstand.

Mit einer zusätzlichen Ausweitung von Gebieten für einen industriell genutzten Raum für weltweit agierende Pharma-Konzerne und nicht für eine kleinräumliche Gewerbeerweiterung von „Behringwerken“ verschärfen sich die bis heute ungelösten Fragestellungen:

1. Können wir uns in Anbetracht des Klimawandels weitere massive Flächenversiegelungen von landwirtschaftlich genutzten Böden leisten?
2. Wie steht es um die zusätzliche Bereitstellung von Wasser für die industrielle Produktion? Ist ein integriertes Wasserressourcen-Management für Mittelhessen überhaupt im Blick?
Bisher können wir keine Initiativen der Stadt Marburg zur Entwicklung eines kommunalen Wasserversorgungskonzeptes feststellen im Sinne des einschlägigen Landesprogramms Integrierter Zukunftsplan Wasserressourcen-Management des Landes Hessen, obwohl das Land hierzu umfangreiche Arbeitshilfen anbietet. Ganz im Gegenteil: Die Stadt Marburg zeichnet sich aus durch eine Quote von Leitungsverlusten in ihrem Trinkwasserversorgungsnetz, die eklatant über einer vertretbaren Norm liegt (siehe einschlägige Wasserbilanzen des RP Gießen).
3. Welche Auswirkungen auf die Artenvielfalt und Artenschutz würde eine Inanspruchnahme dieser Fläche mit sich bringen?

(z.B. in Bezug auf das FFH-Gebiet „Lahnhänge zwischen Biedenkopf und Marburg“, Rodung der nord- und südlichen Waldflächen, Existenz eines hochwertigen Biotops)

4. Inwieweit hat die Stadt bei ihren Abwägungsentscheidungen die spezifische Situation von Dagobertshausen, eines der kleinsten Stadtteile Marburgs (Ortsgröße, Einwohnerzahl, Topographie, Vorbelastungen Gewerbe etc.) berücksichtigt?
5. Welche Immissionen (Lärm, Schadstoffe, Lichtverschmutzung...) sind, nicht nur für die unmittelbaren Nachbarschaften, zu erwarten und wie zu bewerten?
6. Welche Auswirkungen wären auf die lokalen Klimafunktionen (Görzhäuser Hof, Michelbach, nachgelagertes Lahntal) zu erwarten? Wie kann der Frischluftkanal vom Höhenrücken aus dem Südwesten in Richtung Nordost über Michelbach in das Lahntal aufrechterhalten werden?
7. Würden zusätzliche Arbeitsstätten nicht zu einem Verkehrs-Kollaps im Bereich Ketzerbach/Marbach führen? ...und wären dann nicht zusätzliche Verkehrsinfrastrukturen für den Pendler- und den LKW-Lieferverkehr wie zum Beispiel eine „Allnatal-Tangente“ nicht wieder auf der Agenda? Sind die Stadt- und Verkehrsplaner wirklich davon überzeugt, dass das Konzept Move 35 hier wirkungsvoll zur Verkehrsminderung führen könnte? Im Zusammenhang damit stellt sich zudem die Verschärfung der Problematik des verfügbaren Wohnraums, die ohne Neuversiegelung von klimasensiblen Flächen im Außenbereich gelöst werden muss.

(Anmerkung: Auch Lastenfahrräder können die industriellen Transporte nicht wirklich zum Airport Frankfurt und in alle Welt transportieren)

Bitte bestätigen Sie uns den Eingang unserer Eingabe,

mit freundlichen Grüßen

gez. Vanessa Kersten

BUND Marburg e.V.

Hartmut Möller

NABU Marburg e.V.

Marburg, den 22.Mai 2024

Internationaler Tag der biologischen Vielfalt

Anlage 1: Artikel aus Oberhessische Presse vom 5.März 2024

VON BJÖRN WISKER

MARBURG. Wegweisender Schritt für Marburgs Wirtschaftsentwicklung: Mangels verfügbarer Gewerbeflächen speziell für Pharma- und Medizinfirmen will der Magistrat die Grundvoraussetzungen für eine zukünftige Ausweisung von „Görzhausen IV“ schaffen – und hat dafür nun ein Areal gefunden.

Bei dem Bereich, der insgesamt rund 24 Hektar umfasst, handelt es sich um die dem „Mars-Campus“, dem GSK-Produktionssitz gegenüberliegenden Ackerflächen. Das Gebiet erstreckt sich westlich von der Landesstraße 3092 bis kurz vor Dagobertshausen. Diese Fläche will der Magistrat beim Regierungspräsidium Gießen (RP) in den nächsten Tagen für den Regionalplanentwurf anmelden. Das haben Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies (SPD) und Stadtplanungschefin Manuela Klug auf OP-Anfrage angekündigt.

Gerichtsurteil erhöht Zeitdruck

Entscheidend: Bei der Aufnahme in den Regionalplan handelt es sich nach Angaben der Stadt nicht um einen Bebauungsplan oder überhaupt einen Schritt mit konkreten Erschließungsabsichten. „Es geht um die Sicherstellung, dass wir über die Potenzialfläche überhaupt nachdenken dürfen“, erklärt Spies. Laut OB soll „Görzhausen IV“ dazu dienen, für Unternehmen eine „unzweifelhafte Entwicklungsperspektive“ zu schaffen und so „langfristig Investitionen am Standort zu sichern“. Etwas, das Pharmaserv bereits 2023 forderte (OP berichtete).

Grundsätzlich solle die Dagobertshausen-Fläche daher auch „Vorrang“ vor allen anderen für Marburg im Regionalplan ausgewiesenen Gewerbegebieten, wie etwa in Moischt, haben.

Dass der Magistrat „Görzhausen IV“ vorhalten, eine entsprechende Grundsatzplanung fertigstellen will, ist seit einem Jahr klar, parlamentarisch seit Sommer 2023 beschlossen. Hintergrund ist der Vorvertrag, die Reservierung von „Görzhausen III“ für die Firma Biontech. Sollte das Grundstück, das an den „Mars-Campus“ Richtung Michelbach angrenzt, bebaut werden, stünde Marburg ohne Expansions- oder Neuansiedelungsflächen da. Das darf laut OB so nicht bleiben.

Platz für Pharma: Wo „Görzhausen IV“ entstehen könnte

Magistratspläne sehen eine Ausrichtung nach Dagobertshausen statt Michelbach vor



Die Ackerflächen gegenüber dem GSK-Produktionssitz sind 24 Hektar groß und reichen bis kurz vor Dagobertshausen. Hier könnte „Görzhausen IV“ entstehen.

FOTO: NADINE WEIGEL

„Marburg muss immer in der Lage sein, etwas anbieten zu können“, sagt Spies. Das sei angesichts der entstehenden Arbeitsplätze und Gewerbesteuererinnahmen auch „eine Frage der Wohlstandssicherung künftiger Generationen“, die in und um Marburg leben.

Dass die Flächenfindung nun schnell gehen musste, geht auf ein Gerichtsurteil aus Januar 2024 zurück. Laut Rechtssprechung werden spätere regionalplanerische Abweichungsverfahren ab sofort deutlich erschwert, weshalb man nun den Weg einer „Nachmeldung zur Offenlage“ wähle. Heißt im konkreten Fall: Marburg muss dem RP bis Mitte März 2024 offiziell

mitteilen, ob, wo und in welchem Umfang die Stadt sich neue Gewerbegebiete vorstellen könnte.

Reißt Marburg die Frist, hätte das für die Wirtschaftsentwicklung wohl gravierende Folgen. Denn für den Fall, dass „Görzhausen IV“ nicht zur weiteren Prüfung beim RP vorgeschlagen werde, entsprechend im Herbst 2024 sicher nicht in der zweiten Offenlage des Regionalplans auftauche, wäre Marburgs Firmenflächen-Entwicklung für mindestens zehn bis 15 Jahre gelähmt. Eine Ansiedlung von Firmen, die mitunter mehr als 1.000 Jobs schaffen könnten, wäre dann praktisch unmöglich – ein Szenario, das Marburg erst 2023 mit dem

Abspringen eines Milliarden-Konzerns erlebte (OP berichtete).

Wald als Immissionsschutz für Dagobertshausen

Die Maßgabe für „Görzhausen IV“ ist, dass der Pharmastandort nicht näher an Michelbach heranrückt. Zwei mögliche Alternativen – eine direkt an „Görzhausen III“ anschließend und eine am Kreisverkehr in Richtung Caldern – hat man seitens der Stadtplanung auch deshalb wegen der erhöhten Sichtbarkeit der Expansionsfläche verworfen. Zum einen ist die Zahl der Flächen-Eigentümer in beiden Gebieten deutlich größer als bei der Dagobertshausen-Var-

riante. Zum anderen lässt sich die Infrastruktur, Verkehrlich aber vor allem was Versorgungsleitungen angeht, direkt an den „Mars-Campus“ angrenzend besser umsetzen.

Als Sichtschutz zwischen Dagobertshausen und „Görzhausen IV“ würde ein breiter Grünstreifen, ein geschlossenes Waldstück gepflanzt, erläutert Stadtplanerin Klug. Ein vorhandenes Biotop könne umbaut oder verlegt, zu fallende Jungbäume in der Grünzone neu gepflanzt werden. Auch mögliche Luftströme könnten durch eine perspektivisch entsprechend bedachte Häuseranordnung unbeeinflusst bleiben. Grundsätzlich gelte: Der Abstand zur Siedlung solle möglichst groß bleiben, alle Immissionen für Dagobertshäuser „maximal minimiert werden“ – was durch den neu zu pflanzenden Wald erreicht würde, der Pharmastandort von Dagobertshausen würde „praktisch unsichtbar bleiben“, so Klug. Die Behringwerke seien ohnehin eine „saubere, ruhige Industrie“, so Spies.

Strategie zielt auf Lahntal-Ansiedelungen

Ein Großteil des nun als „Görzhausen IV“ vorgesehenen Areals ist regionalplanerisch bisher als Vorrangfläche für Solaranlagen, als möglicher PV-Park vorgesehen. Ein Fakt, an dem die Stadt auch prinzipiell nichts ändern will, allerdings soll Solarenergie-Erzeugung zu einer „Zwischennutzung“ abgestuft werden, so Klug. Ziel: Im Bedarfsfall den PV-Park wieder abbauen, ihn verlegen, um die dann wieder freien Äcker als Firmenflächen nutzen zu können.

Das strategische Ziel des Magistrats ist es indes, gegenüber internationalen Konzernen einzig auf das Vorhandensein der großen Potenzialfläche verweisen zu können. Grund: Marburg will mit einer theoretischen Flächenverfügbarkeit in eine Verhandlungsposition mit Investoren kommen, um dann wiederum bei Umfang, Art und Weise einer Bebauung die Firmen speziell von „Interkomm Lahntal“ zu überzeugen. „Haben wir gar nichts im Angebot, können wir nicht mal Gespräche über Alternativen führen“, sagt Spies.

Info-Veranstaltung zum Bebauungsplan für „Görzhausen III“: Mittwoch, 6. März, ab 18 Uhr im Bürgerhaus Michelbach. Tags zuvor spricht der Ortsbeirat ab 19 Uhr im „Clubraum“ des Bürgerhauses Michelbach über den Entwurf.